



Im Sog nach unten

Armut in Berlin nimmt rasant zu.
(Seiten 4-5)



Zum Killen kuriert

Psychotherapeuten kooperieren
mit der Bundeswehr
(Seite 6)



Berliner Anstoß

ZEITUNG DER DEUTSCHEN KOMMUNISTISCHEN PARTEI (DKP) BERLIN

2 | 2023

**Volle Krönung
Berliner Schloss
jetzt vollendet
hässlich**



raincarnation40 / pixabay.com

Die Hässlichkeit ist endlich gekrönt worden. Bekam das Berliner Schloss vor drei Jahren einen gigantischen goldenen Kreuzfahrerhelm auf seine Kuppel gesetzt, ein weithin sichtbares Symbol für wertegestütztes Kriegführen in aller Welt, ist jetzt eine riesige Kopfzieder hinzu gekommen. Seit Anfang April sitzt eine zwei mal zwei Meter große Krone auf einer rund vier Tonnen schweren Kartusche, die über dem Haupteingang des reaktionären Kitschkastens angebracht wurde. Die penible Rekonstruktion vergangener Scheußlichkeit (immerhin: an der Rückseite des fabrikneuen Barock klebt als Tribut an die gegenwärtige und omnipotente Berliner Schießschartenarchitektur ein monumentales Abluftgitter) ist zu ihrem Abschluss gekommen.

Als vor ziemlich genau zehn Jahren der Grundstein für diese bauplanerische Reise in die Vergangenheit gelegt wurde, fand man daran nichts Bedenkliches. Da war munter von »Restauration des alten Berlins« als »Symbol des wiedervereinigten Deutschlands« und von einer »positiven Rückwärtsgewandtheit« die Rede. Wer so spricht, erkennt implizit die von der Staats- und Parteiführung der DDR 1950 angeordnete Sprengung der alten Schlossruine als kühne Zukunftstat an. Aber es muss ja nicht immer der Mensch Hand anlegen. Vor gut 300 Jahren sackte der Münzurm des alten Schlosses von ganz allein im märkischen Sandboden ab. (jr)

Muße tun

Die IG Metall fordert eine Verkürzung der Arbeitszeit in der Stahlindustrie. Dabei sollte das für alle Lohnabhängigen gelten.

Von Jakob Renard

aus dem Westen lässt sich Vorbildliches, also Nachahmenswertes vernehmen. Das ist selten und sollte entsprechend gewürdigt werden. Anfang April war von der nordrhein-westfälischen IG-Metall-Bezirksleitung zu hören, die Gewerkschaft wolle in der Stahlindustrie in den kommenden Tarifverhandlungen eine Senkung der Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden und damit de facto die Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich erstreiten.

Was das für Berlin und die hiesigen Beschäftigungsverhältnisse bedeutet? Vordergründig betrachtet gar nichts. An der Spree gab es noch nie eine Stahlproduktion, und generell ist die ehemalige Industriearbeiterstadt, spätestens nach dem politisch verordneten Kahl Schlag der Ostberliner Industrie im Zuge der restlosen Beseitigung der DDR, eine beinahe deindustrialisierte Dienstleistungsmetropole. Von 2,1 Millionen Berliner Erwerbstätigen waren 2022 gerade einmal rund 108.000 oder etwa fünf Prozent im verarbeitenden Gewerbe

(in dem die Handwerksbetriebe mit erfasst sind) tätig. Die weite Mehrheit der Beschäftigten zwischen Spandau und Köpenick, zwischen Lichtenrade und Buch verdingt sich ausweislich der Statistik in den Bereichen der öffentlichen Dienstleistung, in Erziehung und Gesundheit, bei Unternehmensdienstleistern, in Handel, Verkehr und Gastgewerbe. Der Anteil der Lohnabhängigen in diesen Branchen beläuft sich auf gut 70 Prozent oder in absoluten Zahlen auf mehr als 1,7 Millionen abhängig Beschäftigte.

Die Bedingungen in Berlin scheinen mithin nicht den Absichten der IG Metall zu entsprechen. Man wird allerdings zurecht einwenden können, dass die Erwerbsstruktur einer Stadt, in der Industrie weitgehend abwesend ist, noch lange kein Argument gegen die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung ohne Einkommenseinbußen darstellt. Höchstens auf einer praktischen Ebene insofern, als dass branchen- und unternehmensmäßig arg zerkülfte Beschäftigtenverhältnisse den Erfolg eines solchen Vorhabens erschweren dürften. Die wöchentliche Arbeitszeit in Berlin jedenfalls liegt durchschnittlich bei 35,3 Stunden, am höchsten im Baugewerbe

und in der öffentlichen Verwaltung mit 38,2 bzw. 38 Stunden, Überstunden nicht berücksichtigt.

Da nun die Arbeitszeit unter den obwaltenden Verhältnissen für fremde Zwecke veräußerte Zeit ist, könnte eine Senkung der Wochenarbeitszeit auf 32 Stunden für alle Beschäftigten selbst unter sonst gleichen Bedingungen ein Stückchen Freiheitsgewinn darstellen. Ein heute unbekannter Ökonom schrieb vor gut 200 Jahren: »Eine Nation ist wirklich reich, wenn sechs statt zwölf Stunden gearbeitet wird. Reichtum ist verfügbare Zeit, und sonst nichts.« Diese Wahrheit ist so alt wie die Geschichte ihrer Unterdrückung. In seinem Heißhunger nach Mehrarbeit ist das Kapital noch stets bestrebt das Gegenteil zu bewirken und hat in den abgelaufenen beiden Jahrhunderten einen »langwierigen mehr oder weniger versteckten Bürgerkrieg« (Marx) um die Länge des Arbeitstags ausgefochten.

Der Stand der Produktivkräfte ermöglichte indessen längst, den stets wachsenden gesellschaftlichen Reichtum vermöge einer immer geringer werdenden Verausgabung menschlicher Arbeitskraft zu erzeugen. Der britische Nationalökonom John Maynard Keynes, nun wahrlich kein Anhänger einer kommunistischen Gesellschaft, wagte 1930 den Ausblick in eine einhundert Jahre entfernte Zukunft. 2030, so spekulierte er, würden die Menschen von den »drückenden wirtschaftlichen Sorgen erlöst sein«, denn »Drei-Stunden-Schichten oder eine Fünf-zehn-Stunden-Woche« seien völlig ausreichend, um die Lebensbedürfnisse zu befriedigen. Der Produktivkraftfortschritt berechtigte also zu den schönsten Hoffnungen. Unter kapitalistischen Bedingungen, wo »nicht der Arbeiter die Arbeitsmit-

tel, sondern die Arbeitsmittel den Arbeiter anwenden« (Marx), verkehrt er sich aber von einem Mittel zur Beförderung der Freiheit in ein Mittel des Zwangs.

Dagegen haben sich die Lohnabhängigen zur Wehr zu setzen. Der Kampf um eine 32-Stunden-Woche kann da nur der Anfang sein. Sieben Jahre bleiben noch, um Keynes' Vision Wirklichkeit werden zu lassen. Wohlan!

ANZEIGE

ELBE TAG

★ TORGAU 1945-2023 ★

78. JAHRESTAG DER BEGEGNUNG

82. JAHRESTAG DES ÜBERFALLS NAZIDEUTSCHLANDS
AUF DIE SOWJETUNION



FRIEDENSDEMONSTRATION & KUNDGEBUNG AM 22. APRIL 2023

12:00 UHR AM BRÜCKENKOPF (OSTUFER)
BUS AB BERLIN 09:00 UHR / FRANZ-MEHRING-PLATZ 1

KOMMENTAR

Der neue Senat in Berlin



Wider das eigene Interesse

Von Stefan Natke

Vorsitzender der DKP Berlin

Die Berlinerinnen und Berliner hatten wieder einmal die Wahl. Die konsequenten Befürworter einer Enteignung der großen Immobilienkonzerne haben sie nicht gewählt. Dabei hatte sich im September 2021 beim Volksentscheid eine recht deutliche Mehrheit genau dafür ausgesprochen. Damals wie heute vertritt die DKP kompromisslos den Standpunkt: »Enteignen, aber richtig – keinen Cent den Immobilienkonzernen!« Auswirkungen auf das Wahlverhalten hatte das nicht: Die kommunistische Partei ist zu klein, zu wenig bekannt und mit hartnäckigem Antikommunismus konfrontiert.

Aber auch das vermeintlich kleinere Übel, die bisherige Senatskoalition, die das Ergebnis des Volksentscheids erfolgreich ausgelesen hat, wird nicht weiterregieren. Von der neuen Landesregierung aus CDU und SPD wird die arbeitende Bevölkerung Berlins nichts zu erwarten haben. In den Chefetagen der Wohnungskonzerne allerdings dürfte Zufriedenheit herrschen. Das Gespenst der Vergesellschaftung von Wohneigentum ist erst einmal vertrieben.

Schon jetzt lässt sich erkennen, wohin die Reise mit dem neuen Senat gehen wird. Erste Kernpunkte, auf die sich CDU und SPD verständigt haben, lauten: mehr Polizei und eine »Schulbauoffensive«. Ein ausgebauter Repressionsapparat verheißt nichts Gutes und könnte wieder verstärkt zum Einsatz kommen für Zwangsräumungen von Wohnungen, deren Mieter schlicht keine Mittel mehr haben, ihre Miete zu bezahlen. Und was den Schulbau angeht, steht zu erwarten, dass private Gesellschaften diese Gebäude von Baufirmen errichten lassen, um sie dann gewinnbringend an die verantwortlichen Stadtbezirke zu vermieten. Weiter spricht sich die CDU für den verkehrspolitisch widersinnigen und mit gigantischen Kosten verbundenen Ausbau der Stadtautobahn A 100 aus und befürwortet auch die Randbebauung des Tempelhofer Feldes, die von der Berliner Bevölkerung schon einmal mehrheitlich abgelehnt worden ist. Dass dort dann Sozialwohnungen entstehen, wird sich niemand ernstlich vorstellen, der klaren Sinnes ist. Wer also der Meinung ist, dass Wohnungen und Schulgebäude wie auch das Gesundheitswesen in öffentliche Hand gehören, der sollte sich beim nächsten Mal ernsthaft überlegen, den Kommunisten seine Stimme zu geben.

»Die AKP-Regierung hat fast nichts getan«

Über das verheerende Erdbeben in der Türkei, die Schuld des Staates und selbstorganisierte Solidarität. Ein Gespräch mit Tevfik Tas

Wie ist die derzeitige Lage nach dem verheerenden Erdbeben vom 6. Februar in der Türkei?

Tevfik Tas ist Sekretär des Deutschlandkomitees der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP)

Nach diesem Datum wird in der Türkei nichts mehr so sein, wie es vorher war. Neben der Verwüstung und dem tiefen Leid im Erdbebengebiet sollte man auch die Armut bedenken, die sich nach dem Erdbeben über ein großes geographisches Gebiet ausgebreitet hat. Es ist dabei wichtig, eine bereits bekannte Tatsache zu wiederholen: Es ist nicht einzig die Stärke des Erdbebens gewesen, das zerstört und getötet hat, sondern es waren strukturelle Baufehler und eine ungeplante Urbanisierung. Städte, die jahrzehntelang der Profitwirtschaft überlassen und ausgeplündert wurden, konnten der Zerstörung der Natur nicht standhalten. Der Hauptverantwortliche für die Zerstörung ist der Kapitalismus. In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat das Bauwesen als wichtigster wirtschaftlicher Profitbereich die Auswirkungen der Zerstörungen um ein Vielfaches verstärkt. Die in den AKP-Jahren auf Flussbetten errichteten Siedlungen, die Privatisierung von Prüfungsinstitutionen, die Plünderung von öffentlichem Grund und Boden liegen dieser Katastrophe zugrunde.

Der türkischen Regierung wird mangelnde Unterstützung, ja unterlassene Hilfe für die

Erdbebenopfer vorgeworfen. Wächst der Unmut in der Bevölkerung gegen die Regierung?

Die AKP-Regierung hat in den kritischen ersten beiden Tagen nach dem Erdbeben fast nichts für die Region getan. Öffentliche Organisationen wie der Rote Halbmond und AFAD waren in den ersten beiden entscheidenden Tagen lahmgelegt, weil sie auf Anweisungen von Erdoğan höchstpersönlich abwarteten. Danach konzentrierten sie sich vor allem auf die Regionen, in denen sie mehr Stimmen erhielten. Der Rote Halbmond arbeitete wie eine Aktiengesellschaft, nicht wie eine öffentliche Solidaritätsorganisation. Die Organisation verkaufte Zelte zu Spekulationspreisen und konfiszierte die von der Bevölkerung für die Erdbebenopfer gesammelten Hilfsmittel. Die Katastrophenorganisation AFAD verfügte nicht einmal über die grundlegendste technische Ausrüstung, wie sie jede Baufirma besitzt, kompetentes Personal gab es nicht. Anstatt die nötigen Baumaschinen privater Firmen zu enteignen, begnügte man sich damit, sie zu Wucher-

preisen zu mieten. Das Erdbeben, bei dem nach offiziellen Angaben mehr als 50.000 Menschen starben, kostete in Wirklichkeit viel mehr Bürger das Leben. Millionen von Menschen wurden mitten im Winter obdachlos. Diejenigen, die das Erdbeben überlebten, konnten nicht vor Kälte und Überschwemmungen geschützt werden. Die Seifenblase vom »starken Staat«, von offizieller Seite immer wieder vorgetragen, platzte ziemlich bald. Es ist ziemlich deutlich geworden, dass »starker Staat« im Wesentlichen die Unterdrückung der werktätigen Klassen bedeutet.

Wie reagierte die TKP auf die Erdbebenkatastrophe und ihre Folgen?

Die Kommunistische Partei der Türkei hat von Anfang an gruppenweise Hilfstruppen in das Erdbebengebiet geschickt, da sie keine andere Lösung als die Selbstorganisation der Arbeiterklasse sieht. Die TKP organisierte ein riesiges Solidaritätsnetz, das sogar von den bürgerlichen Medien erwähnt wurde. Hunderte unserer Genossinnen und Genossen organisierten vom ersten Tag bis heute die Solidarität mit den Menschen in der Region. Unter dem Aufruf »Wir erheben uns, um nicht unter den Trümmern begraben zu werden« setzt die Partei ihren Kampf gegen die

humanitären und politischen Zustände in Folge des Erdbebens fort. Es liegt auf der Hand, dass man sich derjenigen, die Armut und Ausbeutung verursachen, entledigen muss, wenn man nicht unter den Trümmern begraben werden will. Jeder anderer Lösungsansatz als der Kampf um die sozialistische Macht dient keinem anderen Zweck als der indirekten Zustimmung zur Fortsetzung der genannten Zerstörungen und Katastrophen. Das zeigte sich wieder einmal mit diesem Erdbeben.

Welche Hilfe konnte aus Deutschland organisiert werden? Wie lief das ab?

In Deutschland wurde am ersten Tag der Erdbebenkatastrophe eine Spendenaktion vom Nazim Hikmet Kulturzentrum ins Leben gerufen und auf Social-Media-Plattformen weit verbreitet. Mit der Zeit dehnte sich die Spendenaktion über die Grenzen Deutschlands hinaus aus. Die gesammelten Spenden wurden an das Nazim Hikmet Kulturzentrum in Istanbul weitergeleitet, die für die Beschaffung notwendiger Mittel genutzt wurden, um sie dann von dort aus an die Bezirkshäuser und Solidaritätszentren in der Erdbebenregion zu befördern.

Wie groß war die Resonanz auf die Spendenaktion?

Die Resonanz in Deutschland war sehr groß. Beeindruckend war auch das Vertrauen der Menschen, das sie der TKP schenken. Für viele gab es keine andere Adresse, an die sie sich mit ihren Spenden wenden und sich dabei zugleich sicher sein konnten, dass die Spenden auch bei den Opfern ankamen. Das Misstrauen gegenüber den staatlichen Organisationen, was deren Umgang mit Spendengeldern und Hilfsmitteln angeht, ist sehr groß. Leider nicht zu Unrecht.

Liebe Leserinnen und Leser des Berliner Anstoß,

die Wahlen sind passé, Krieg und Krise bleiben. Die laufende Teuerungswelle hat das bisschen Einkommen, mit dem sich ein beträchtlicher Teil der Berliner Bevölkerung schon vorher nur mühsam über Wasser halten konnte, weiter entwertet. Etliche sind nunmehr auf Abgaben von Grundnahrungsmitteln angewiesen, weil es selbst dafür am Monatsende nicht mehr reicht.

Derweil war in diesen Tagen zu lesen, dass der »Gourmetführer« Guide Michelin in diesem Jahr 23 Restaurants der Hauptstadt mit Auszeichnung versehen hat. So viele Sterne-Restaurants wie in Berlin gibt es in keiner anderen deutschen Stadt. Wer

in einem dieser Häuser essen geht, inklusive erlesener Weinbegleitung und Champagner als Aperitif, verlässt den Laden oft mit 500 Euro weniger in der Tasche. Das entspräche dann großzügig gerechnet der aktuellen Höhe der nunmehr »Bürgergeld« genannten Staatsalmosen – pro Monat.

Und wie man hört, litt die Spitzengastronomie – anders als der breite Durchschnitt – ganz und gar nicht unter der seit der Pandemie begonnenen Krise, die die Branche erfasst hat. Um nicht missverstanden zu werden: jeder und jedem seien die edelsten Hervorbringungen einer virtuoseren Kulinarik gegönnt. Und Kommunismus, wie wir ihn meinen, heißt auch nicht, dass in einer kollektivistischen Zukunftswelt unter einem immer grauen Himmel jedem der stets gleiche geschmacklose Brei aufgetischt werden soll. Gegen solche miesepeterige Verzichtsethik, es gibt sie ja, sei gesagt: Kommunismus, das ist reiche Gleichheit.

mus, das ist reiche Gleichheit.

Aber: ein solcher Befund – lange und länger werdende Schlangen vor den Tafeln hier, prosperierende und stets gut besuchte Sterne-Restaurants dort – illus-triert sehr deutlich eine extreme und sich weiter verschärfende gesellschaftliche Spaltung, nicht zuletzt und insbesondere in dieser Stadt. Wenn nun der voraussichtlich neue Senat sein Regierungsprogramm unter das Motto »Das beste für Berlin« setzt, ist damit ausgesagt, dass sich an diesen Zuständen der Ungleichheit nichts ändern soll. Der Berliner Anstoß wird auch weiterhin darüber berichten, wie die Armut den Reichtum, und der Reichtum die Armut schafft, auf dass es dereinst anders werde. Bleiben Sie uns gewogen.

Ihr Kollektiv des Berliner Anstoß

Der *Berliner Anstoß* erscheint viermal jährlich und wird herausgegeben vom Landesverband Berlin der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).

Kernredaktion: Toni Püschel (V.i.S.d.P.), Susanne Knütter, Daniel Bratanovic

Adresse von Redaktion, Herausgeber und Verlag: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, Büro 551/552, 10243 Berlin
CommPress Verlag GmbH;
Hoffnungstraße 18, 45127 Essen
Telefon: 030 – 29 78 31 32
Mail: anstoss@dkp.berlin

Verbreitete Auflage dieser Ausgabe: 25.000 im Raum Berlin
Druck: Union Druckerei Berlin
Verwaltung GmbH
Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 6. April 2023. Die nächste Ausgabe erscheint am 1. Juli 2023

Dieses Projekt wird über Spenden finanziert:

Bitte nutzen Sie das Konto der DKP Berlin (BIC: BELADEBE),
IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37
Verwendungszweck: Anstoß

Die gefräßige Inflation

In Berlin gibt es immer mehr Menschen, die auf Lebensmittelhilfen angewiesen sind. Die Hilfseinrichtungen kämpfen mit den Folgen. Bei der Berliner Tafel wurde teilweise ein Aufnahmestopp verhängt.

Von Carmela Negrete

Inflation und kein Ende. Berlinerinnen und Berliner müssen für Lebensmittel immer mehr zahlen, mehr als in anderen Bundesländern. Und damit steigt die Zahl von Menschen in Not, was sich immer deutlicher bei den Hilfseinrichtungen zeigt. »Bei uns ist die Nachfrage sprunghaft angestiegen«, erklärt Doreen Nieswand, Leiterin des CARIsatt-Ladens in Neukölln. Die Einrichtung der Caritas bietet Lebensmittel zu vergünstigten Preise an. »Wir hatten letztes Jahr rund 450 bis 500 Kundenkontakte in unserem Sozilladen im Monat, nun steigen unsere Zahlen extrem: im Januar waren es 711 Kundenkontakte, in Februar 796 und in März 869«. Angesichts solcher Zahlen wissen sie bei CARIsatt kaum noch, wie sie die Nachfrage bewältigen können.

Denn auch die Spenden sind zurückgegangen. »Mit Beginn des Krieges sind unsere Einnahmen eingebrochen«, erzählt Nieswand. »Wir kontaktieren Supermärkte, Großhändler und Hersteller und fragen, ob sie Waren für uns haben, die sie an uns abgeben können«. Die Caritas kauft momentan zum Teil selbst die Lebensmittel, was eine zusätzliche betriebliche Belastung darstellt, denn auch die Sozialeinrichtung kämpft mit steigenden Kosten für den Vertrieb und den Transport der Spenden.

»Wir müssen viel mehr fahren als zuvor, um an die Lebensmittel zu kommen, außerdem sind die Spritkosten gestiegen.« Ein Gefühl der Ohnmacht entsteht, wenn den Bedürftigen nicht mit den einfachsten Nahrungsmitteln geholfen werden kann: »Es fehlen Nudeln, Mehl, Zucker, Milch, Butter ... grundlegende Nahrungsmittel sind schwer zu bekommen.«

Die Berliner Tafel kämpft mit ähnlichen Problemen. In Januar 2022 erhielten rund 40.000 Menschen eine Lebensmittelhilfe von dem gemeinnützigen Verein. Seit Juni hat sich diese Zahl auf rund 70.000 erhöht. In manchen Monaten, etwa im August hatte sich diese Zahl sogar verdoppelt. »Die Lebensmittelmengen unterliegen Schwankungen und sind insgesamt zu knapp«, erklärt Geschäftsführerin und Pressesprecherin Antje Trölsch auf Nachfrage. Die Einrichtung braucht zudem Helfer: »Wir haben viel Unterstützung durch Freiwillige, allerdings brauchen wir natürlich auch und gerade in Anbetracht der großen Nachfrage immer wieder Ehrenamtliche«, sagt sie. Sieben von 47 Abgabestellen der Berliner Tafel haben Anfang März einen Aufnahmestopp verkündet. Diesen Umstand versucht die Tafel mit »Pop-Up-Ausgabestellen« zu kompensieren. Besonders betroffen ist der Bezirk Tempelhof-Schöneberg mit drei Stellen, die zur Zeit keine Kunden mehr aufnehmen können.

Laut dem Amt für Statistik Berlin-Brandenburg sind die Lebens-

mittelpreise in der Hauptstadt die höchsten seit der »Wiedervereinigung«. Im Januar 2023 war das Essen um 21,3 Prozent teurer als im Vorjahresmonat letztes Jahres, im März waren es 22,3 Prozent mehr als zwölf Monate zuvor. Ein Ende ist nicht absehbar. Die kommenden Preissteigerungen addieren sich zu den deutlichen Teuerungen des Vorjahres. Manche Produkte stiegen im Preis viel stärker als der Durchschnitt, etwa Molkereiprodukte, die nun 30 Prozent mehr kosten. Die Reallöhne sind andererseits zuletzt um vier Prozent gesunken, der Inflation wegen. Experten versichern, dass mit der Absenkung der »Energieinflation« in den nächsten Monaten auch die Lebensmittelpreise sinken würden. Dabei ist die Energiefrage längst nicht gelöst. Deutschland hat den ersten Winter ohne russisches Gas nur überbrücken können, weil es sich den Energieträger aus anderen Bezugsquelle zu extrem hohen Preisen beschafft hat. Der rasante Preisanstieg auf dem Gasmarkt hat sich auf alle Wirtschaftsbereiche ausgedehnt, besonders aber in der Lebensmittelproduktion.

Kurzfristig könnte eine Maßnahme gegen die Teuerung helfen, wie sie derzeit in Spanien zur Anwendung kommt. Die halbwegs progressive Regierung des sozialdemokratischen PSOE und des Linksbündnisses Unidas Podemos hat für die ersten sechs Monate des Jahres per Dekret eine Senkung der Mehrwertsteuer für Grundnahrungsmittel auf null Prozent an-



geordnet. Für Eier, Obst, Gemüse, Brot, Getreideerzeugnisse, Kartoffeln, Mehl, Käse und Bohnen ist in diesem Zeitraum keine Steuer zu zahlen. Für alle andere Lebensmittel, darunter Öl und Nudeln, wurde die Mehrwertsteuer von zehn auf fünf Prozent gesenkt. Wenn auch unter dem Durchschnitt in der Euro-Zone liegend gab es in Spanien im Februar dennoch eine Teuerungsrate für Lebensmittel in Höhe von zwölf Prozent.

Und trotzdem, die spanische Methode könnte ein Weg sein, die

allergrößte Not wenigstens geringfügig zu lindern. Effektiv wäre, die zusätzliche Plusmacherei der Einzelhandelsmonopole, die aufgrund ihrer Marktmacht Preisaufschläge weit über den gestiegenen Erzeugerpreisen verhängen können, per Steuer wieder abzuschöpfen. Aber einen solchen Eingriff in die Gewinne der Monopolunternehmen, darf man zumindest in diesem Land mit seiner Armutshauptstadt und deren immer hilfloseren Hilfseinrichtungen wohl eher nicht erwarten.

Wir sollten uns mal kennenlernen:

3 Wochen gratis
Probeabo endet automatisch, muss nicht abbestellt werden

Heute mit 8 Seiten extra Wochenendbeilage »faulheit & arbeit«

Die Tageszeitung junge Welt

5.000 Abos für die Pressefreiheit! Bestellen auf jungewelt.de

GEORGIJEWIT 1941 24/10/22 28/25 JANUAR 2023 NR. 24 2,50 EURO (DE) 1,70 EURO (AT) 3,00 CHF (CH) 1,997 ARD/STB 1,997 SEK/STB

Tödliche Polizeigewalt
Mord und Tod durch einen Polizeischuss
»Lügner«
Bauschneise vom Markt
Merkel: »Ich bin ein Mensch«

Immer mehr Waffen ins Kriegsgebiet
Wer stoppt die NATO?

Panzer abgerückt, Debatte um Kampfflugs eröffnet: Forderung, westliches Militärbündnis sollte abgerückt werden. Von Reinhard Lauterbach

jungewelt.de/probeabo
Abotelefon: 030/53 63 55-84
abo@jungewelt.de

PapyRossa Verlag | www.papyrossa.de

Wolfgang Gehrcke / Christiane Reymann (Hg.)
Ein willkommenen Krieg?
NATO, Russland und die Ukraine

Mit einem Vorwort von Oskar Lafontaine, einem Interview mit Gabriele Krone-Schmalz sowie Beiträgen von Sevim Dağdelen, Daniela Dahn, Eugen Drewermann, Wolfgang Gehrcke & Christiane Reymann, Jörg Goldberg, Lühr Henken, Andrej Hunko, Jörg Kronauer, Norman Paech, Werner Rügemer, Gerd Schumann, Ekkehard Sieker und Lucas Zeise.

ISBN 978-3-89438-801-0 | 231 Seiten | € 14,90

Klaus Müller
Inflation | Basiswissen

Weltweit ziehen die Preise an. Als Gründe werden oft genannt: Der Krieg in der Ukraine, unterbrochene Lieferketten, Angebotsverknappung, Ernteauffälle oder die Geldpolitik der Zentralbanken. Aber rühren sie an den Kern? Aufklärung ist geboten: Wann gab es Inflationen? Was sind Ursachen, Arten und Wirkungen? Wer profitiert, wer leidet? Und kann der Staat etwas gegen sie unternehmen?

ISBN 978-3-89438-806-5 | 132 Seiten | € 12,-

ANZEIGEN

PETER HACKS
Marxistische Hinsichten
Politische Schriften 1955–2003
herausgegeben von Heinz Hamm

Das Buch versammelt politische Texte aus 40 Jahren, die in der Werkausgabe fehlen, aber auch unveröffentlichte Dokumente aus dem Nachlass. Es zeigt Peter Hacks als politischen Denker, der die Idee einer vernünftig eingerichteten Welt dem Niedergang entreißt.

»Hamm hat einen wahren Hacks-Schatz gehoben (...)«
Der Freitag 19.07.2018

608 S., geb., 12,5 x 19,5 cm
Eulenspiegel Verlag
ISBN 978-3-359-01329-7

eulenspiegel.com

Armutsverwaltung nach Berliner Art

Markus Spiske / Pexels.com



Klar, es gibt Programme, mit denen der Berliner Senat Armut mildern will. Zum Beispiel das 9-Euro-Sozialticket für den öffentlichen Nahverkehr und ein Kündigungsmoratorium für landeseigene Wohnungsbaugesellschaften, wonach niemand wegen unbezahlbarer Energierechnungen seine Wohnung verlieren darf. Am Ende – wenn auch mit Verzögerung – muss die Rechnung aber trotzdem bezahlt werden. Der Härtefallfonds gegen Energiesperren krankte an zu hohen Voraussetzungen, wie etwa der, dass die Mieter selbst einen Vertrag mit dem Energieversorger haben mussten. Der Kultursenator von der Linkspartei hatte sich kostenlose Kultursommer und eine Jugendkulturkarte mit 50 Euro Kulturguthaben für 18- bis 23jährige einfallen lassen.

Diese Kosmetik zeigt Gleichgültigkeit an, wo ganz andere Maßnahmen nötig wären. In den nächsten fünf Jahren werden 20.000 Berliner Wohnungen aus der Sozialbindung fallen. Allein in Pankow werden das allein in diesem Jahr 1.914 Sozialwohnungen sein. Das bedeutet Verdrängung für viele Berliner und noch höhere Profite für die Investoren. Der Volksentscheid zur Enteignung großer Immobilienkonzerne hätte ein Ausweg sein können. Aber der wurde von der rot-grün-roten Koalition vorsätzlich verschleppt. Die neue Landesregierung wird alles daran setzen, ihn zu versenken.

Das Betreuungsverhältnis an Kitas und Grundschulen ist erschreckend, Eltern, Erzieher und Lehrer fordern daher seit langem angemessene Personalschlüssel, kleinere Klassen und einen Tarifvertrag Gesundheitsschutz. Der Senat kommt solchen Forderungen ebenso wenig nach wie einer gleichen Bezahlung im öffentlichen Dienst für die etwa 100.000 Sozialarbeiter, die im Auftrag von freien Trägern, Kranken, Alten, Behinderten oder Ausgeschlossenen helfen. Und Jugendämter schlagen Alarm, weil die Notdienste komplett überbelegt sind.

Selbst wenn denn mal vordergründig Positives zu berichten ist wie über die Neuköllner Rütli-Schule, die vor nicht ganz zwanzig Jahren der ganzen Republik als Symbol einer desolaten und gescheiterten Schulpolitik bekannt geworden sein dürfte, ist die nunmehrige Vorzeiganstalt viel eher Ausdruck der Gentrifizierung als einer wirklichen Problemlösung. Schulpolitik kann Armut nicht beenden. Im kapitalistischen Regelfall werden die Armen bloß verdrängt. (sk)

Traumjob Kassierererin



Armut nimmt rasant zu. Lebensmittelpreise sind Inflationstreiber Nummer eins. In Berlin leiden besonders viele Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene Mangel und sind gesellschaftlich ausgeschlossen.

Von Susanne Knüttner

Spielplätze sind überall zu finden und in der Regel kostenlos. Aber bei schlechtem Wetter suchen Familien nach Alternativen, die bezahlbar sind. Klar wird man fündig. Aber es läppert sich doch zusammen: Die Indoorspielplätze im Freizeit- und Erholungszentrum (FEZ) Wuhlheide kann man für einen Euro pro Person für 30 Minuten benutzen. Im Vergleich zu anderen Tummelplätzen dieser Art ist das Angebot im ehema-

ligen Pionierpark Ernst Thälmann günstig. Ein Besuch in einer der FEZ-Schwimmbädern kostet ermäßigt 3,50 Euro für Erwachsene und zwei Euro für Kinder. Will man mal ein Puppentheater sehen, kommt man wohl am günstigsten im Puppentheatermuseum Berlin in den Genuss. Eine Vorstellung kostet hier ermäßigt sechs Euro für Erwachsene und drei Euro für Kinder. Der reduzierte Preis für den Eintritt in die Archenhold-Sternwarte liegt bei 5,50 Euro. Ins Technikmuseum kommt man am Museumssonntag ganz kostenlos. Preisvorteile gibt es auch über den Familienpass. Und in die Bibliothek kann man ohnehin immer. Wer braucht schon ein Lego Dis-

covery Centre, wo es Tickets ab 13,70 Euro gibt? Bauen kann man auch zu Hause.

Kinder brauchen nicht viel, um glücklich zu sein, heißt es. Das stimmt. Das Problem ist, dass es alle möglichen Angebote gibt – aber nicht alle sie nutzen können. Inzwischen können sich immer weniger Familien überhaupt noch das nötigste leisten. Mitte März ist das Kinderprojekt Arche in Berlin Hellersdorf an seine Grenzen gekommen, als mehr als 1.000 Familien zur Lebensmittelausgabe kamen. Im Wert von 65 Euro erhalten Familien bei der alle zwei Wochen stattfindenden Ausgabe ein Warenpaket, das dann ein bis zwei Wochen reichen soll. Inzwischen hat die

ANZEIGE

uz shop

T-Shirts • Kapuzenpullover • Halstücher • Fahnen
Bücher • Broschüren • Kaffeebecher • Taschen •
CDs • DVDs • Antiquariat und vieles mehr



uzshop.de

Mail: shop@unsere-zeit.de | Tel.: 0201 17788925

Arche einen Nothilfefonds von einer halben Million Euro aufgelegt – allein für Lebensmittel. Das Geld ist für alle 30 Archen bundesweit und wird gerade einmal für zwei Monate ausreichen, sagte Wolfgang Büscher, Pressesprecher der Arche, gegenüber dem *Berliner Anstoß*. In seinen 20 Jahren bei der Arche habe er dieses Ausmaß an Armut noch nicht erlebt. Die Freizeitangebote und Lebensmittelpenden des gemeinnützigen Vereins nähmen Geflüchtete, Migranten und deutsche Staatsbürger wahr. 90 Prozent der Nutzer seien alleinerziehende Mütter mit Kindern. Meist haben die Mütter selbst nie »teilhaben« können. Urlaub oder Restaurantbesuch kennen viele nicht. Zum Teil verzichteten die Mütter selbst auf Mahlzeiten, damit ihre Kinder nicht hungern müssen. In Gesprächen komme heraus, so Büscher, dass die Familien und Kinder am liebsten ein ganz normales Leben hätten. »Fragt man die Kinder nach ihrem Traumjob, sagen sie Verkäuferin an der Kasse von Netto.« Weil es dort alles gibt, und sie dann ganz dicht dran seien.

Die Margen der Discounter

Und gerade dort sind die Preise ohne »Deckelung« gestiegen. Wie Foodwatch im März aufzeigte, verteuerten die vier großen Handelsketten ganz besonders die Billigmarken. Produkte von »Milsani« von Aldi, »Milbona« von Lidl (Kaufland), »Gut und Günstig« von Edeka (Netto) oder »Ja!« von Rewe (Penny) verteuerten sich im Jahr 2022 demnach um 30,9 Prozent. Insbesondere sättigende Grundnahrungsmittel wie Nudeln, Reis, Mehl oder Hülsenfrüchte, aber auch bei Molkereiprodukten wie Käseaufschnitt oder Joghurt, erreichten sogar eine Teuerungsrate von 75 Prozent. Markenprodukte wurden dagegen nur um 14,5 Prozent teurer.

Angesichts dieser Entwicklungen, die offiziell allein mit dem Krieg in der Ukraine begründet werden, wird die tatsächliche Armut noch gravierender sein, als die aktuellen Studien ausweisen, die sich auf Daten von 2021 stützen müssen. Und selbst die sind alarmierend. Wie aus dem im März noch einmal korrigierten Armutsbericht des Paritätischen Gesamtverbands hervorging, war im Jahr 2021 jeder fünfte in Berlin arm. Mit einer Armutsquote von 20,1 Prozent nahm die Hauptstadt damit Platz zwei der Republik ein.

Armenhaus der Republik

Noch schlechter schnitt Berlin in einer Ende Januar veröffentlichten Studie der unternehmernahen Bertelsmann-Stiftung zu Kinder- und Jugendarmut ab. Fast jedes vierte Kind und jeder dritte junge Erwachsene in der Hauptstadt ist demnach arm. Im Jahr 2021 traf das auf 143.906 Kinder (23,3 Prozent) und 88.656 junge Erwachsene im Alter von 18 bis 25 Jahren (34,2 Prozent) zu. Alleinerziehende und Familien mit mehr als drei Kindern waren der Studie zufolge am stärksten betroffen. »Wer als junger Mensch in Armut

aufwächst, leidet täglich unter Mangel, Verzicht und Scham und hat zugleich deutlich schlechtere Zukunftsaussichten«, kommentierte Anette Stein von der Stiftung damals die Ergebnisse.

Bundesweit gab es laut der Studie im gleichen Jahr rund 2,88 Millionen (20,8 Prozent) arme Kinder. Bei den jungen Erwachsenen waren es 1,55 Millionen (25,4 Prozent). Im ostdeutschen Vergleich lag die Quote der von Armut betroffenen jungen Erwachsenen in Berlin knapp über dem Durchschnitt (32,5 Prozent) – in Westdeutschland waren es dagegen im Schnitt 24,2 Prozent.

Ohne Chance

Warum interessiert sich die neoliberale Bertelsmann-Stiftung überhaupt für Armut? Die Wahrheit ist wohl: sie tut es nicht. Was sie umtreibt, sind die Folgen der Kinderarmut. »Kinder und Jugendliche können nichts dafür, wenn sie in armen Verhältnissen aufwachsen«, heißt es im aktuellen »Factsheet« der Stiftung zu Kinder- und Jugendarmut. »Sie trifft keine Schuld! Sie haben auch keine Möglichkeiten, sich selbst aus ihrer Armut zu befreien.« Aus Sicht der Stiftung wie der Herrschenden ist Armut kein Problem, solange der Laden läuft. Sie kann aber zu einem werden. Denn, wie Studien immer wieder belegen, hängt vom finanziellen Hintergrund einer Person doch einiges ab. Bildungschancen etwa. Und dabei geht es längst nicht mehr darum, wer welchen Abschluss macht, sondern darum, wie viel die Kinder überhaupt noch lernen. Und auch da steht Berlin besonders schlecht da.

Alle fünf Jahre beauftragen die Kultusminister der Länder das Institut zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen (IQB) der Humboldt-Uni in Berlin damit, den schulischen Bildungsstand von Schülern zu ermitteln: Wie gut können sie etwa lesen, schreiben und – aus Unternehmerperspektive auch ganz wichtig – zuhören. Aus dem letzten IQB Bildungstrend von Oktober 2022 ging hervor, dass die Regel- und Mindestanforderungen 2021 bundesweit seltener erreicht wurden als noch fünf Jahre zuvor. In Berlin fielen die Leistungen aber noch schlechter aus. Im Schnitt sind Kinder der vierten Klasse in der Hauptstadt rund acht Prozentpunkte schlechter in Rechtschreibung und Mathematik als der Bundesschnitt. Auch beim Lesen und Zuhören liegen Berliner Schüler unter dem Schnitt. Insgesamt hat sich in Berlin der Abwärtstrend bei Viertklässlerinnen und Viertklässlern in den Fächern Mathe und Deutsch noch einmal verstärkt. Das heißt etwa beim Lesen hinken die Viertklässler aus Berlin ungefähr ein Schuljahr hinter Bundesländern wie Bayern oder Sachsen hinterher, bei der Rechtschreibung etwa zwei Drittel eines Schuljahres, in Mathe rund drei Viertel. Im Bundesdurchschnitt liegen sie zwischen einem viertel (Orthografie und Mathe) und einem halben Schuljahr (Zuhören) hinter dem eigentlich geforderten Leistungsniveau

zurück.

Auch die Quote der Schulabbrecher ist in Berlin nach wie vor überdurchschnittlich. Im Jahr 2021 machten 6,7 Prozent aller Schüler in der Hauptstadt keinen Abschluss. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 6,2 Prozent. An den Berufsschulen betrug der Anteil der Schüler, die die Berufsschule ohne Abschluss verlassen, zuletzt 40 Prozent, wie der *Tagesspiegel* im Februar berichtete. Als bedeutender Grund werden falsche Erwartungen an Beruf und Ausbildung genannt.

Miese Ausbildung

Dabei dürften auch die Ausbildungsbedingungen ihren Teil beitragen. Nach Angaben des DGB bilden 90 Prozent der Berliner Unternehmen überhaupt nicht aus. In den übrigen Betrieben sind die Lern- und Arbeitsbedingungen entsprechend schlecht. Aufgrund der Fülle an Rechtsverstößen kann aus Sicht der DGB-Jugend Berlin-Brandenburg keine Rede von bedauerlichen Einzelfällen sein. So mache jeder dritte Azubi regelmäßig Überstunden, nur jeder Vierte bleibe von Tätigkeiten verschont, die nicht dem Ausbildungszweck dienen und lediglich drei von vier Auszubildenden kennen ihren betrieblichen Ausbildungsplan. Beispielsweise in der Erzieherausbildung werden Azubis zu 100 Prozent auf den Personalschlüssel angerechnet. In keinem anderen Bundesland ist das so krass.

Aus Sicht der Bertelsmann-Stiftung muss ein niedriges Bildungsniveau letztlich ein Mangel an geeigneten Konkurrenten auf dem komplexer gewordenen Arbeitsmarkt bedeuten. Nur wenn es davon genug gibt, sehen sich Unternehmen nicht gezwungen, Löhne zu erhöhen und Arbeitsbedingungen zu verbessern. So sanken die Reallöhne in Berlin nach Daten des Statistikamts Berlin-Brandenburg im letzten Jahr im Schnitt um 1,1 Prozent. Der hiesige Wirtschaftsstandort bleibt damit für Unternehmen vergleichsweise günstig. Darin zeigt sich auch die Ursache des so viel zitierten Fachkräftemangels. Er ist hausgemacht.

Es ist mutmaßlich eine Kosten-Nutzen-Rechnung für den Staat. Doch Wolfgang Büscher von der Arche ist »immer wieder aufs neue erschüttert«, dass diese Gesellschaft einfach 30 Prozent der Bevölkerung hinten runter fallen lässt. »Kinder sind unsere einzige Ressource. Sie müssen gesund ernährt werden, damit sie nicht krank werden. Und wenn wir sie jetzt nicht fördern, werden sie weiter abgedrängt.« Statt sich um die Kinder in diesem Land zu kümmern und ihnen Perspektiven zu geben, versuche der Staat Fachkräfte im Ausland anzuwerben. Jugendlichen, die aufbegehren, kann Büscher es nicht verübeln. Überhaupt dauere es in der BRD aber wahrscheinlich länger, bis die Betroffenen so wütend werden, wie etwa in Frankreich. Aber er warte darauf, dass »die Menschen aufstehen« und »geradeaus laufen«.

Armut gehört zum Kapitalismus wie die Stacheln zum Igel

Offiziell gilt hierzulande nur als arm, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens aller Haushalte verdient. Für ein alleinerziehendes Elternteil mit einem Kind liegt die Armutsgrenze derzeit bei 1492 Euro. Diese Berechnung geht davon aus, dass alle, die mehr verdienen, nicht arm sind. Dabei sind alle Lohnabhängigen relativ zu dem Reichtum, den sie schaffen, arm. Weil sie (absolut) arm an Produktionsmitteln sind. Insofern ist Armut Ausgangs- und Endpunkt der Lohnabhängigkeit im Kapitalismus.

Um Armut abzuschaffen, müssen also die Produktionsbedingungen und -verhältnisse verändert werden. Das heißt, das Eigentum an den Produktionsmitteln muss abgeschafft werden. Erst wenn sie von allen verwaltet werden und einzelne sich nicht mehr den Reichtum, den andere produzieren, aneignen können, kann auch Armut wirklich enden. Aber das können wir Lohnabhängigen nur selbst erkämpfen.

Kurzfristig fordert die DKP unter anderem:

- keine Energiesperren
- die Vergesellschaftung von Energiekonzernen
- ein Ende des Wuchers durch Preiskontrollen. Lebensmittel sollen zum Preis ihrer tatsächlichen Herstellungskosten verkauft werden
- Aufstockung des Bürgergelds jenseits der Armutsgrenze
- kindgerechte Personalschlüssel in Kindergärten
- Kostenloses, nahrhaftes und leckeres Frühstück und Mittagessen in den Schulen
- Ausreichend Sozialarbeiter an Schulen
- Kleinere Klassen
- Löhne rauf, Mieten runter

Aber auch die Umsetzung dieser Forderungen können wir Lohnabhängigen nur selbst erkämpfen.

ANZEIGEN

Kurt Gossweiler
Darf ich Genosse sagen?
Der Briefwechsel mit Peter Hacks

Zwei Kommunisten im Austausch:
Welches sind die Klassen und die Klassenkämpfe in sozialistischen Gesellschaften? Welchen Anteil hatten Persönlichkeiten wie Nikita Chruschtschow am Zerfall des Sozialismus in der Sowjetunion und in der DDR? Wie wäre die Niederlage von 1989/90 zu vermeiden gewesen? Welcher Organisationsformen, Bildungsformen, Kampfformen bedarf es für einen zukünftigen Sozialismus?

Hrsg. von Matthias Oehme,
220 Seiten, brosch., 12,00 €, ISBN 978-3-339-50099-5

Eulenspiegel Verlag
eulenspiegel.com

Marx Engels Stiftung

Die Stiftung für Karl und Friedrich stellt sich vor

Über zwei Dutzend Veranstaltungen und als Höhepunkt im Sommer eine ganze Studienwoche zum Thema „Krieg und Frieden“, eine monatliche Rubrik „Marx Engels aktuell“ und intensive Arbeiten zur Erforschung der historischen und aktuellen Bedeutung von Karl Marx und Friedrich Engels: Das ist die Marx-Engels-Stiftung.

Wer Lust bekommen hat auf mehr:
www.marx-engels-stiftung.de

Es bleibt dabei: Den Ideen des Manifests der Kommunistischen Partei, dessen 175. Geburtstag wir auf unserer Website gewürdigt haben, gehört die Zukunft – macht mit, sie Wirklichkeit werden zu lassen!



marx-engels-stiftung.de | marx-engels-stiftung@t-online.de

„Dass Du Dich wehren musst, wenn Du nicht untergehen willst, wirst Du doch einsehen!“ Bertolt Brecht

6 Wochen kostenlos testen! Digital & Print



UZ unsere zeit

www.unsere-zeit.de • E-Mail: abo@unsere-zeit.de • Tel.: 0201 17788915

Unterschätzt nicht die Alten! Zum Tode von Bruno Mahlow



Frank Schumann

Unser Genosse Bruno Mahlow ist am 22. Februar 2023 verstorben.

Er war mit über 85 Jahren nicht unser jüngster Genosse, aber trotzdem eines unserer jüngsten Mitglieder. Erst im November 2022 wurde er Mitglied der Berliner Landesorganisation der DKP. Der Weg dorthin war weit.

Geboren wurde Bruno am 27. Juni 1937 in der Sowjetunion – in Moskau. Sein Vater war ein in die Sowjetunion emigrierter KPD-Funktionär. Dessen Fußstapfen waren groß, aber Bruno, der den Namen des Vaters trug, enttäuschte nicht. 1947 ging die Familie zurück nach Berlin, und Bruno lernte und studierte. In Berlin, in Halle, und in Moskau. Er schloss sein Studium als Staatswissenschaftler mit Diplom ab und ging in den diplomatischen Dienst der DDR. Von 1962 bis 1964 war er Mitarbeiter im Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR und von 1964 bis 1967 Erster Sekretär der Botschaft der DDR in Beijing. Nach seiner Rückkehr in die DDR übernahm Bruno viele Aufgaben im Zentralkomitee und in der außenpolitischen Kommission der SED. Er war Mitglied des Zentralvorstandes der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft und des Freundschaftskomitees DDR-China.

Nach der großen Schreckenswende war Bruno Berater der Internationalen Kommission beim Parteivorstand der PDS. Dieser Partei blieb er treu, als sie sich mit der WASG zur Partei Die Linke zusammenschloss. Lange schon unzufrieden mit deren Kurs der Mitmacherei und der schrittweisen Auflösung ihres programmatischen Profils, schloss er sich dann auf seinen letzten Lebensmetern der Deutschen Kommunistischen Partei an. Bruno ist sich treu geblieben. (ilo)

Zum Killen kuriiert

Die Berliner Psychotherapeutenkammer kooperiert mit der Bundeswehr

Von Julian Günther

Man tagte in einer Kaserne, das war passend. Am 7. Februar hielt die Berliner Psychotherapeutenkammer eine ganztägige Kooperationsveranstaltung mit der Bundeswehr ab. Dabei sollten »aktuelle Einsatzgebiete« und »Einsatzsituationen«, die Arbeit von Psychotherapeuten in der Bundeswehr sowie Möglichkeiten der Heilbehandlungen »für die Bundeswehr« vorgestellt werden. Eine ganz ähnliche Veranstaltung gab es bereits 2018, nachdem sich einige Jahre zuvor die Rechtslage geändert hatte und Bundeswehr-Soldaten nunmehr auch in psychotherapeutischen Privatpraxen behandelt werden dürfen. Seither rührt die Kammer regelmäßig die Werbetrommel, um diese besondere Klientel versorgen zu lassen. Vertreter der Bundeswehr erhielten so einen ganzen Tag Gelegenheit, um über außenpolitische Themen (»aktuelle Einsatzgebiete und Einsatzsituationen«) und den

»Beruf des Soldaten/der Soldatin« zu referieren, die »besonderen Belastungen« dieser »Berufsgruppe« darzustellen und auch anschaulich Einblick in die Feldbetreuung zu geben (»Truppenpsychologen im Einsatz – mit Soldaten auf Patrouille/auf Wache/im Feldlager«).

Das Ziel besteht in der Anwerbung von Psychotherapeuten in Berlin, um Heilbehandlungen für Bundeswehr-Soldaten anzubieten – ein weiterer Schritt der Normalisierung des Militärischen, nachdem die Bundeswehr schon vor Jahren ihre Werbung an Schulen intensiviert hat und großflächige Werbetafeln im öffentlichen Raum (»Wir. Dienen. Deutschland.«) in zwischen zum Alltag gehören. So wird nicht nur an der weiteren Militarisierung der Zivilgesellschaft gearbeitet. Denn die Therapie von Soldaten wirft auch innerhalb der psychotherapeutischen Arbeit große Fragen auf: Bundeswehr-Soldaten sind nicht »normal krankengeschützt«, sie genießen auch keine freie Arztwahl. Die Versorgung erfolgt über Truppenärzte, die dann

entscheiden, ob Soldaten weitere Fachärzte konsultieren können. So obliegt es dann auch allein den Truppenärzten, psychisch belastete Soldaten an freie Therapeuten zu überweisen. Die müssen den überweisenden Truppenärzten dann sowohl die Diagnose als auch Indikation und Therapieziel mitteilen, und letztere entscheiden über die Genehmigung einer Therapie und später auf Grundlage eines ausführlichen Berichts auch über etwaige Verlängerungen. Das bedeutet eine Informationsweitergabe, die in »normalen« Psychotherapien niemals erfolgen dürfte, es sei denn, die Patienten entbinden ihre Therapeuten von der gesetzlichen Schweigepflicht.

Auch im weiteren Verlauf tun sich berufsethische Probleme auf: Soldaten unterliegen einer Verschwiegenheitspflicht gegenüber »bei Gelegenheit der dienstlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten«. Aufgehoben ist die Verschwiegenheitspflicht nur für innerdienstliche Mitteilungen und für Tatsachen, »die offenkundig sind oder ihrer Bedeutung nach keiner Geheimhaltung bedürfen« (Soldatengesetz, §14). Man stelle sich eine Therapie vor, in der die oder der Traumatisierte nicht offen und über alles sprechen kann, was mit dem Trauma im Zusammenhang steht – ein Ding der Unmöglichkeit.

Die rechtlichen Regeln der truppenärztlichen Versorgung finden sich in einer Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Bundesbesoldungsgesetz. »Die unentgeltliche truppenärztliche Versorgung dient (...) der Erhaltung und Wiederherstellung der Dienst- und Einsatzfähigkeit der Soldatinnen und Soldaten. Sie umfasst alle damit im Zusammenhang stehenden notwendigen und angemessenen Maßnahmen zur Gesunderhaltung, Verhütung und frühzeitigen Erkennung von gesundheitlichen Schäden sowie die zur Behandlung einer Erkrankung spezifisch erforderlichen medizinischen Leis-

tungen«, heißt es einleitend in Paragraph 2 der Vorschrift. In Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Bundeswehr wird also mit einem wichtigen Gut gebrochen: Psychotherapie sollte einzig der Wiederherstellung des Wohlbefindens der Patienten dienen und nicht in eine politische Agenda eingebunden werden. Ohne eine solche Einbindung ist es aber gar nicht möglich, traumatisierte Soldaten zurück an die Front zu schicken.

Psychologen im Dienst der Bundeswehr heilen, damit jemand anderes (wieder) töten kann – und zwar für deutsche geopolitische Interessen, oder wie es statt dessen manchmal heißt: »unsere europäischen Werte«. Wir erleben eine Zeit der militärischen Eskalation zwischen NATO und Russland, in der sich der Diskurs rasant in Richtung einer Legitimierung von Waffenlieferungen in Kriegsgebiete und deutscher Beteiligung an internationalen Konflikten gewandelt hat. Die 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr wurden ohne nennenswerten Widerstand im Parlament durchgewunken und sind nun angeblich schon wieder viel zu wenig – die Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl, brachte sogar eine Verdreifachung des Sondervermögens ins Gespräch. Verteidigungsminister Boris Pistorius will neben dem Sondervermögen auch den regulären jährlichen Bundeswehr-Etat von derzeit 50 Milliarden Euro aufstocken. Olaf Scholz rief damals im allgemeinen Aufrüstungsjubiläum aus: »Wir brauchen Flugzeuge, die fliegen, Schiffe, die in See stechen, und Soldatinnen und Soldaten, die für ihre Einsätze optimal ausgerüstet sind.« Wir wissen nicht, wo deutsche Soldaten demnächst kämpfen werden sollen. Psychotherapeuten sollten sich aber gut überlegen, ob sie bereit sind, ihren Beitrag an der Front zu leisten – und dafür ihre berufsethischen Überzeugungen über Bord zu werfen.

Von Katja Plönske

Der letzte TvöD-Abschluss 2020 dürfte noch in den Knochen sitzen. Damals gab es gerade einmal eine Lohnerhöhung von 4,5 Prozent bei der niedrigsten und 3,2 Prozent bei der höchsten Entgeltgruppe. Und das bei einer Laufzeit von 28 Monaten. Aber selbst die Forderungen der Gewerkschaften waren bereits vom pandemiebedingten Burgfrieden geprägt: Verdi verlangte gerade einmal 4,8 Prozent und mindestens 150 Euro mehr. Herauskommen kümmerliche 50 Euro mehr.

In der Folge sanken auch für die Berliner Beschäftigten die Reallöhne, während die Kosten etwa für

Bereit in den Ausstand zu treten

TVÖD: Berliner Beschäftigte streiken für einen besseren Abschluss als beim letzten Mal.

Energie und Lebensmittel explodierten. Die Kommunen konnten 2022 hingegen trotzdem erneut einen Überschuss verbuchen. Insgesamt erzielten neun Berliner Bezirke einen Gewinn von zusammen 113,8 Millionen Euro. Und die Beiträge aus Guthaben und Rücklagen summieren sich offenbar bereits seit Jahren, wie Medien berichteten. Zusammengerechnet haben die zwölf Berliner Bezirke 531 Millionen Euro auf der hohen Kante. Deshalb führte kein Weg dar-

an vorbei: Wollten die Gewerkschaften noch ernst genommen werden, mussten sie etwas anders auftreten. Normalerweise folgen Tarifaufinandersetzungen für den öffentlichen Dienst einer schon recht routinierten Choreographie: Verhandlungsauftritt, bundesweite Warnstreiks, zweite Verhandlungsrunde, die Kapitalseite legt selbst Forderungen vor, die in der Regel unterirdisch sind. Daraufhin folgen mehr Warnstreiks und bundesweite Aktionstage. Die dritte Runde ist

meist die letzte. Die Arbeitgeber verbessern ihr Angebot geringfügig, die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft, die für die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes immer federführend verhandelt, schlägt ein.

Diesmal ist es etwas anders. Auch die dritte Tarifrunde für die etwa 2,3 Millionen Beschäftigten des öffentlichen Dienstes von Bund und Kommunen endete ohne Ergebnis. Der Bund leitete daraufhin sicherheitshalber eine Schlichtung ein. Nicht dass Verdi nochmal auf die Idee kommt, zur gleichen Zeit wie die Eisenbahngewerkschaft (EVG) einen bundesweiten Streiktag zu organisieren. Für die Zeit des Schlichtungsverfahrens gilt nämlich wieder Friedenspflicht.

Aber aufgeschoben ist nicht aufgehoben. Wenn Verdi-Chef Frank Werneke und sein Verhandlungsteam nicht einknicken, werden die Kollegen auch wieder bereit sein, in den Ausstand zu treten. In Berlin haben das unter anderem die Beschäftigten der Stadtreinigung und der Recyclinghöfe, der Wasserbetriebe, Behala und die diversen Bundeseinrichtungen bewiesen. Personell getragen wurden die Streiks aber vermutlich von den Beschäftigten bei den Krankenhäusern und in den Kindergärten.

ANZEIGE

KAZ KOMMUNISTISCHE ARBEITERZEITUNG

KAZ-Ausgabe 382, Februar 2023 mit folgenden Themen:
Stoppt den neuen Ostlandritt hier und heute - nicht erst vor Stalingrad!
 außerdem u.a.:
Milliarden für Rüstung und Krieg - sollen wir die Zeche zahlen?

KAZ erscheint vierteljährlich
 Einzelheft: 1,50 Euro
 Jahresab: 16,00 Euro

Gruppe Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ)
 Postfach 12 02 62
 10109 KÖLN
 Tel./Fax: 0911 / 156913
 email: gruppeKAZ@kaz-online.de

www.kaz-online.de

Mit unglaublicher Brutalität

Vor 90 Jahren ereignete sich die »Köpenicker Blutwoche«

Von Leo Schwarz

Im Juni werden die Ereignisse der sogenannten Köpenicker Blutwoche 90 Jahre her sein. Bei der größten und blutigsten einzelnen faschistischen Terroraktion in Berlin im Jahr 1933 wurden nach aktuellem Forschungsstand mindestens 24 Menschen getötet. Bis zu 500 Menschen wurden in diverse SA-Lokale und in das Köpenicker Amtsgerichtsgefängnis verschleppt und mit unglaublicher Brutalität misshandelt. Die Opfer waren vor allem Kommunisten und Sozialdemokraten. Unter letzteren befand sich Johannes Stelling, bis zum Verbot der SPD Mitglied des Parteivorstandes, Reichstagsabgeordneter und ehemaliger Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin.

Ausgangspunkt der Ereignisse in den Tagen zwischen dem 21. Juni und dem 26. Juni 1933 war eine von der Köpenicker SA unter der Führung von Herbert Gehrke im Vorfeld der Verbots der SPD geplante große Verhaftungsaktion, die sich in erster Linie gegen Funktionäre der illegalisierten Arbeiterparteien, des Reichsbanners, der verbotenen Gewerkschaften und der Arbeiterjugendorganisationen, nebenbei aber auch gegen die deutsch-nationale Konkurrenz der Nazis richten sollte.

Nach einer Lagebesprechung im Köpenicker Amtsgericht in der Nacht zum 21. Juni begannen am Morgen die Verhaftungen. Mitglieder der SA, die seit dem Feb-

ruar den Status einer Hilfspolizei hatte, führen – zum Teil auf Fahrzeugen, die örtliche Unternehmen zur Verfügung gestellt hatten – durch die Köpenicker Ortsteile und nahmen Verhaftungen vor. Ziel der Aktion war neben der konkreten Ausschaltung und Einschüchterung von Nazigegnern auch, der Bevölkerung des Stadtbezirks und ganz Berlins die neuen Machtverhältnisse und die Bereitschaft, rücksichtslos Gewalt einzusetzen, unmissverständlich vor Augen zu führen.

Bei einer dieser Verhaftungsaktionen in der Siedlung Elsengrund, in der damals zahlreiche SPD- und Gewerkschaftsfunktionäre lebten, traf ein Trupp der SA am späten Abend des 21. Juni auf Widerstand: Nach dem gewaltsamen Eindringen in das Wohnhaus der Familie von Johann Schmaus (ein Vorstandsmitglied des Landarbeiterverbandes) schoss dessen Sohn Anton auf die Angreifer und tötete zwei SA-Männer; ein weiterer erlag später seinen Verletzungen.

Daraufhin eskalierte die Gewalt: Gehrke persönlich schoss Anton Schmaus im Berliner Polizeipräsidium nieder, und in Köpenick unterzog die SA ihre Gefangenen furchtbarsten Misshandlungen. Mehrere Gefangene wurden buchstäblich totgeprügelt, andere erschossen, darunter Stelling, den seine Mörder in einem Sack in die Dahme warfen. Zur »Verstärkung« wurde der berüchtigte SA-Sturm 33 aus Charlottenburg nach Köpenick verlegt.

Bereits im Juli 1933 informierte eine von Kommunisten illegal hergestellte Schrift über Täter und Opfer der faschistischen Terroraktion, die von den Köpenicker Antifaschisten trotz aller Schrecken und Katastrophen, die danach kamen, nie vergessen wurde. Unmittelbar nach der Befreiung organisierten sie im Juni 1945 erstmals eine Gedenkfeier.

Unter großer öffentlicher Anteilnahme fand 1950 vor dem Berliner Landgericht ein Prozess gegen 61 namentlich bekannte Tatbeteiligte statt, von denen sich allerdings lediglich 34 in Haft befanden. Von den 15 Todesurteilen wurden sechs vollstreckt; die anderen neun noch lebenden Haupttäter waren in die Bundesrepublik geflüchtet. Das Berliner Kammergericht lehnte 1992 eine Wiederaufnahme des Verfahrens ausdrücklich ab, da 1950 »kein Unschuldiger verurteilt« worden sei.

Denkmal der Köpenicker Blutwoche auf dem Platz des 23. April in Berlin-Köpenick

OTFW, Berlin / Wikimedia.org/wiki/File:Stele_Platz_des_23_April_(Köpenick)_Köpenicker_Blutwoche.jpg / CC BY-SA 3.0

an der Nahtstelle der politischen Systeme besonders gut für eine konterrevolutionäre Unterwanderung. 1989 hatten USA und BRD mit Gorbatschows Hilfe ihr Ziel erreicht.

Neben dem gezielten wirtschaftlichen Ruin der DDR durch die Treuhand ging es den kapitalistischen Eroberern politisch darum, die Verantwortlichen der DDR auszuschalten. Das betraf in erster Linie die Mitglieder der Partei- und Staatsführung und die Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit. Gegen letztere wurde flächendeckend ermittelt, ob sie hauptamtlich oder als »Informelle Mitarbeiter« für ihr Land eingetreten waren. Damit begann de facto eine Kommunistenverfolgung. Unzählige Strafverfahren wurden eingeleitet, von denen die

meisten keine Substanz hatten. Die Angeklagten, die zumeist zu hohen Strafen verurteilt wurden und erhebliche Anwaltskosten zu bewältigen hatten, konnten sich der menschlichen, politischen und zum Teil auch materiellen Solidarität der GRH sicher sein. Ein wichtiges Tätigkeitsfeld der Gesellschaft war zudem der Kampf gegen eine Verfälschung der Geschichte der DDR. Davon zeugen etliche Publikationen, die im Rahmen der GRH erschienen sind.

Im vergangenen Jahr hat die GRH ihren Schwerpunkt verlagert und nimmt jetzt Stellung zur gegenwärtigen Weltlage. Nach dem Ende der Sowjetunion wurde Russland entgegen aller Zusagen von der NATO eingekreist. Schon vor der militärischen Eskalation in der Ukraine hat die Ge-

sellschaft zum Konflikt zwischen dem Westen und Russland klar Stellung bezogen: »Wir fordern eine neutrale Ukraine, die mit der russischen Föderation und den Donbass-Republiken friedliche Beziehungen herstellt. Keine Osterweiterung der NATO! Wir fordern von der deutschen Regierung, ihre Kriegshysterie zu beenden, konstruktiv zur Normalisierung der internationalen Lage beizutragen und Maßnahmen der Aufrüstung und Militarisierung zu unterlassen.«

Die immer engere Kooperation zwischen der Volksrepublik China und der Russischen Föderation zeigt den Aufbau einer neuen Weltordnung an. Zu diesen entscheidenden Fragen der Epoche wird sich auch die GRH zu verhalten haben. **Renate Schönfeld**

DKP - Gruppentermine



Friedrichshain/Kreuzberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Dienstag im Monat
Beginn: 19.30 Uhr im Cafe Commune,
Reichenberger Straße 157,
10999 Berlin
Kontakt über:
fabienne.trotier@gmail.com

Lichtenberg/Marzahn-Hellersdorf

Termin: Jeden ersten und dritten Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: ND-Haus,
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Raum 551

Pankow

Kontakt über:
dkp-pankow@berlin.de

Neukölln

Termin: Jeden ersten Donnerstag im Monat
Beginn: 19 Uhr
Ort: KommTreff,
Jonasstraße 29,
12053 Berlin

Tempelhof-Schöneberg

Termin: Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Leydicke,
Mansteinstraße 4,
10783 Berlin

Treptow-Köpenick

Termin: Jeden letzten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.00 Uhr
Kontakt über:
treptow-koepenick@dkp-berlin.info

Wedding

Termin: Jeden zweiten und vierten Montag im Monat
Beginn: 19.00 Uhr
Ort: Linkstreff
Malplauetstraße 12
13347 Berlin
Kontakt über:
info@dkp-wedding.de

Betriebsaktiv »Gesundheit«

Termin: Jeden dritten Mittwoch im Monat
Beginn: 18.30 Uhr
Ort: ND-Haus,
Franz-Mehring-Platz 1,
10243 Berlin, Raum 551

Spandau

Kontakt über:
dkp-spandau@gmx.de

Bewährte Solidarität

Vor 30 Jahren wurde die Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Unterstützung (GRH) gegründet

Am 19. Mai 1993 gründete sich die Gesellschaft für Rechtliche und Humanitäre Unterstützung (GRH). Sie entstand in Reaktion der Konterrevolution von 1989, in deren

Folge der Sozialismus von der Weltbühne abtrat. Die Angriffe auf eine sozialistische Staatenordnung reichen weit zurück, und bald nach 1945 eignete sich die DDR im Kalten Krieg als Land

AUSSTELLUNG BUCH FERNSEHEN AUSSTELLUNG BÜHNE



Bilder des Schreckens

Liest man vom Holocaust, erscheinen unwillkürlich Bilder vor dem inneren Auge, hunderte Male gesehene Fotografien. Die Leichenberge in den befreiten KZ, die zynische Losung »Arbeit macht frei« am Eingang des Stammlagers Auschwitz, der jüdische Junge mit den erhobenen Händen und dem angst-erfüllten Blick bei der Liquidierung des Warschauer Ghettos ... Viele der weltbekannten Bilder wurden von den Tätern aufgenommen. Die deutschen Faschisten wussten genau um die Bedeutung von Film und Fotografie. Mit nichts lügt es sich besser. Dem hielten die Alliierten ihre aufklärende Gegenpropaganda entgegen, zeigten die Verheerungen der Faschisten. Und auch die Opfer und Widerstandskämpfer wussten um die Macht der Bilder, sie dokumentierten das Leid und die Verbrechen ebenso wie den eigenen Widerstand.

In der Ausstellung »Flashes of Memory. Fotografie im Holocaust« die von der Internationalen Holocaust Gedenkstätte Yad Vashem erarbeitet wurde, werden auf langen Leuchttischen die Bilder aus unterschiedlichsten Quellen gegenübergestellt und auf Wandtafeln mit den notwendigen historischen Hintergründen ergänzt. Das Gesehene wühlt auf. Doch die sachliche Einordnung hilft, über die unmittelbare Reaktion hinaus zu gelangen. Und zukünftig noch genauer hinzusehen. (pm)

① »Flashes of Memory. Fotografie im Holocaust«, Museum für Fotografie, Jebensstr. 2, bis 20.8.2023



Sog der Straße

Welches Marketinggenie auch immer es für eine gute Idee hielt, »Hund, Wolf, Schakal« als eine Art »4 Blocks« für Leute mit Ärmelschonern und Zeit-Abo zu verkaufen, war kräftig mit dem Klammersack gepudert. Denn der voriges Jahr erschienene Debütroman von Behzad Karim Khani hat wenig von Ghettoromantik und Rapvideo-Ästhetik, da mag in seinem Buch noch soviel Nas und Tupac gehört werden. Er erzählt vom Schicksal der beiden Söhne des iranischen Kommunisten Jamshid, der nach der Ermordung seiner Frau durch die Mullahs flieht und in Neukölln landet. Dort fährt er in den 90ern Taxi und diskutiert mit anderen machtlosen Revolutionären den deprimierenden Weltenlauf, während sich seine Söhne Saam und Nima auf der Straße durchschlagen müssen. Das ist traurig und gewalttätig, aber so widersprüchlich-schlüssig aus den sozialen Umständen der Protagonisten abgeleitet, dass es nie droht, in Gangsterherrlichkeit oder Sozialkitsch abzukippen. Der oft erwünschte zeitgemäße Realismus – das könnte er sein. (lf)

① Behzad Karim Khani: Hund, Wolf, Schakal. Carl-Hanser-Verlag, München 2022, 288 Seiten, 24 Euro



In die Binsen

Wieso nicht einfach aufs Land ziehen? Die Mieten steigen und steigen und wenn man eine neue Wohnung braucht, findet kein Normalsterblicher mehr etwas Bezahlbare. Da erscheint manchem die Aussicht verlockend, sich irgendwo im Brandenburgischen eine neue Bleibe zu suchen. Die Protagonisten der vierteiligen RBB-Dokuserie »Raus aufs Land«, die man derzeit in der ARD-Mediathek sehen kann, machen Ernst damit. Für sie geht es wie für 35.000 andere Berliner im Jahr 2021 nach Dahme-Spreewald, Gräbe, Großpankow oder anderswo. Zwei volltätowierte Kreative kaufen ein ehemaliges Pfarrhaus, eine Familie mit Kindern startet eine eigene Gemüsezucht. Doch natürlich ist auch auf dem Land nicht alles eitel Sonnenschein, so manche schöne Idee geht in die Binsen.

Das alles ist erwartbar konventionell und glatt inszeniert, verrät aber viel darüber, welche Biedermeierträume eine Stadt hervorbringt, deren Gemeinschaften erodieren, weil ihnen der Lebensraum unter dem Arsch weggenutzt wird. Dass sich eine soziale und lebenswerte Stadt aber auch erkämpfen lässt, und was eigentlich die machen sollen, die keine 250 Mille auf der hohen Kante haben, um sich irgendwo ein Gehört zu kaufen – darüber muss man sich anderswo informieren als beim Rundfunk Berlin-Brandenburg. (lf)

① »Raus aufs Land«, ARD Mediathek



Geist des Aufbruchs

Der Sozialismus hatte keinen Geschmack, lautete eine ziemlich abgestandene Mär. Im nichtkapitalistischen Osten war alles grau und trist, so zeigen es Film und Fernsehen, eine einzige Designwüste von der Rhön bis Wladiwostok. Wie dumm diese Vorstellung ist, zeigt gerade die Ausstellung »Retrotopia. Design for Socialist Spaces«. Für die haben sich Kuratoren und Institutionen aus postsozialistischen Ländern zusammengetan, um aufzuzeigen, wie kreativ und pragmatisch zugleich die damaligen Designer, Architekten und Stadtplaner ihre Aufgaben erfüllten.

Die hier zu sehenden Entwürfe der 50er- bis 70er Jahre sind getragen vom Geist des Aufbruchs, der Verschränkung von Zukunftsoptimismus und Planbarkeitsüberzeugung, dem Vertrauen in die Technik und den lenkenden Verstand. Gezeigt werden Skizzen zur Inneneinrichtung futuristischer Hotels ebenso wie Pläne für die visuelle Kommunikation sportlicher Wettkämpfe und Kulturfestivals, Modelle für neue Großbauten und Visionen kybernetischer Wohnräume. Die Ausstellung leidet indes darunter, dass aus politischen Gründen keine Beiträge aus dem heutigen Russland und Belarus zu sehen sind. Dennoch: Wenn sich eine Gesellschaft auf vernünftige Grundlagen stellt und Kreativität freundlichen Zwecken dient, muss die Utopie nicht retro bleiben. (pm)

① »Retrotopia. Design for Socialist Spaces«, Kunstgwerbemuseum, Matthäikirchplatz, bis 16.7.2023



Wer wen?

Ein Brecht-Klassiker auf der Brecht-Bühne, »Herr Puntila und sein Knecht Matti«, vor 75 Jahren in Zürich uraufgeführt, jetzt neu interpretiert am BE. Abends verspricht der stets betrunkene finnische Gutsbesitzer Puntila seinem Knecht Matti das Blaue vom Himmel, am nächsten Tag, ernüchert und in seine angestammte Rolle zurückgekehrt, will der Ausbeuter davon nichts mehr wissen. Das Spiel wiederholt und ändert sich nicht. Die Mär vom gültigen Kapitalisten ist eine Schnaps-idee. Bewegung ergibt sich gemäß Hegels Herr-Knecht-Dialektik: Obwohl der Herr die Macht über den Knecht zu haben scheint, ist es in Wirklichkeit er, der von der Arbeit des Knechtes abhängig ist, denn nur die macht ihn zum Herren. Nach dieser Logik ist eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nicht das Ergebnis einer besoffenen Mildtätigkeit, sondern das Werk der Ausgebeuteten. Und so scheint das auch die Regisseurin Christina Tscharyiski zu verstehen. In der Ankündigung heißt es: »Ab wann sind diejenigen, die das System mit ihrer Hände Arbeit aufrechterhalten, selbst verantwortlich dafür, auch für sich einzustehen? »Wer wen?«, fragt Brecht am Ende: Wer bekämpft wen, wer nutzt wen aus – und vor allem: Wer stürzt wen?« Abwarten, ob die Klarheit der Fragestellung auch demgemäß von der neuen Inszenierung beantwortet wird. (ba)

① Herr Puntila und sein Knecht Matti, Berliner Ensemble, Bertolt-Brecht-Platz, Premiere am 22. April

Der Berliner Anstoß braucht Ihre Unterstützung!

Damit wir auch weiterhin die Kosten für Druck und Verbreitung tragen und den Berliner Anstoß als wichtige linke Stimme in der Stadt etablieren können, sind wir auf Ihre Spende angewiesen! Bitte überweisen Sie einmalig oder regelmäßig einen Betrag Ihrer Wahl auf das unten genannte Konto. Es gibt aber noch weitere Möglichkeiten, wie Sie uns unterstützen können:

Möglichkeit A: Ja, ich unterstützte die regelmäßige Herausgabe des Berliner Anstoß mit einer

vierteljährlichen
 halbjährlichen
 jährlichen

Spende in Höhe von _____ Euro (mindestens 10 Euro.)

Hinweis: Diese Zusage kann jederzeit widerrufen werden, bereits eingezahlte Gelder werden aber nicht zurückbezahlt!

Möglichkeit B: Ja, ich unterstütze den Berliner Anstoß mit einer einmaligen Spende in Höhe von _____ Euro

Die Spende überweise ich auf das Konto der DKP Berlin (BIC: BELA2333, IBAN: DE94 1005 0000 0043 4131 37) **Verwendungszweck:** Anstoß

Bitte schick mir eine Spendenbescheinigung der DKP-Berlin zu (bei bis zu 200 Euro Spende im Jahr genügt dem Finanzamt der Überweisungsbeleg).

Möglichkeit C: Ich finde das Anstoß-Projekt interessant.

Bitte schick mir die jeweils aktuelle Ausgabe gratis zu
 Ich hätte Interesse daran, am Berliner Anstoß redaktionell/organisatorisch mitzuarbeiten.
 Ich würde gerne beim Verteilen des Anstoß mit wirken.

Bitte schick mir von jeder Ausgabe _____ Exemplare, die ich in _____ verteilen werde.

Name: _____

Adresse: _____

Email / Telefon: _____

Weitere Hinweise: _____

Berlin, den _____

Unterschrift: _____

Bitte einsenden an: DKP Berlin, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin